

Luzern, 17. November 2015

MEDIENMITTEILUNG

Verbreitung 17.11.2015
Sperrfrist keine

Planungs- und Finanzkommission beschliesst Voranschlag 2016

Die Planungs- und Finanzkommission (PFK) des Kantonsrates hat den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2016-2019 vorberaten und den Voranschlag 2016 beschlossen. Sie korrigiert einige Sparbemühungen des Regierungsrats bei der Bildung, unterstützt aber dessen Einsparungsvorschläge im Polizeibereich. Die Planjahre des AFP hat die Kommission wie in den Vorjahren nicht genehmigt. Sie erwartet die Prüfung von weiteren Sparmöglichkeiten im Rahmen des Konsolidierungsprogramms KP 17. Das zeitgleich vorberatene Legislaturprogramm nimmt die PFK zur Kenntnis.

Die Planungs- und Finanzkommission (PFK) des Kantonsrates Luzern hat unter dem Vorsitz von Marcel Omlin (SVP, Rothenburg) den Aufgaben- und Finanzplan 2016-2019 mit dem Voranschlag 2016 vorberaten. Der Regierungsrat legt dem Kantonsrat für 2016 ein fast ausgeglichenes Budget vor. Die Anforderungen der Schuldenbremse können dank grosser Anstrengungen eingehalten werden, der Steuerfuss bleibt unverändert bei 1,6 Einheiten. Für die Folgejahre ist die Situation aber äusserst anspruchsvoll. Der Regierungsrat hat deshalb ein Konsolidierungsprogramm gestartet, das ab 2017 die Leistungen und die finanziellen Ressourcen in Einklang bringen soll.

Der Personalaufwand im Budget 2016 sinkt gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Prozent, der Sach- und Betriebsaufwand um 2,4 Prozent, der Nettoaufwand im Bereich Bildung um 0,9 Prozent. Wesentliche Teile des Kostenwachstums hängen aber direkt mit dem Bevölkerungswachstum zusammen und sind nicht beeinflussbar. Die Schüler- und Studierendenzahlen steigen bis 2019 deutlich an – und damit der finanzielle Aufwand im Bildungsbereich. Ein ähnliches Bild bieten die Bereiche Soziale Sicherheit und Gesundheit. Bei den Einnahmen fallen verschiedene für den Kanton wichtige Erträge teilweise oder ganz weg. Aus dem nationalen Finanzausgleich (NFA) erhält der Kanton Luzern nachhaltig weniger Mittel, allein für den Voranschlag 2016 liegen sie um 78,9 Millionen Franken tiefer als im Vorjahr. Die Kalkulationen basieren auf einem Staatssteuerfuss, der im Voranschlag 2016 und in den Folgejahren unverändert bei 1,6 Einheiten bleibt.

Der PFK war es ein grosses Anliegen, ein Budget mit dem gesetzlich mindestens geforderten Geldfluss-Investitions-Verhältnis von 80,0 Prozent zu beschliessen. Dies gelang nach ausführlicher Debatte, in der vor allem die Sparbemühungen des Regierungsrats im Bereich der Bildung und der Sicherheit intensiv diskutiert wurden. Die PFK korrigierte mit knapper Mehrheit die vom Regierungsrat vorgeschlagene Erhöhung der Elternbeiträge in der postobligatorischen Schulzeit und sprach sich gegen die Schliessung der Fachklasse Grafik aus. Sie fordert aber, dass im Rahmen des KP 17 in enger Zusammenarbeit mit dem Berufsverband Alternativen zur Ausbildung in der Fachklasse Grafik geprüft werden sollen. Ebenfalls soll auf die Reduktion des Lektionenbeitrags für Vorbereitungskurse zu eidg. Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen um 33 Prozent und auf eine Erhöhung des Schulgeldes im vollschulischen Angebot verzichtet werden.

Reduktion von Polizeilichen Leistungen

Angeichts der Korrektur des Budgets nach oben musste die PFK zwingend Kompensationsmöglichkeiten finden. Dies gelang, indem sie der Kürzung des Schuljahres um eine Woche bei Gymnasien und im Bereich der Berufs- und Weiterbildung zustimmt. Als weitere Sparmassnahme befürwortet die PFK Reduktionen beim Personalaufwand für die

Polizeilichen Leistungen. Hierfür muss eine Reduktion von Polizeipatrouillen akzeptiert und die Weiterführung des Fundbüros im bisherigen Rahmen aufgegeben werden.

Erneut Unzufriedenheit auch mit dem AFP

Die PFK hat – wie in den Vorjahren – den AFP nicht genehmigt. Diesmal sogar einstimmig. Die Kommission erachtet es als nicht sinnvoll, einen AFP zu genehmigen, der innert Kürze obsolet sein wird, weil im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 17 weitere und bisher nicht abschätzbare Einsparungen, Effizienzsteigerungen und allenfalls auch Mehreinnahmen zu prüfen sein werden. Die PFK wird im Rahmen eines Kommissionsvorstosses zur Vorbereitung des Konsolidierungsprogramms einen Planungsbericht vom Regierungsrat verlangen, der im Juni 2016 im Kantonsrat beraten werden kann. Dieser Bericht soll die grossen Linien aufzeigen, welche geeignet sind, die Finanzen des Kantons Luzern wieder ins Lot zu bringen.

Der Kantonsrat wird den AFP 2016-2019 mit dem Voranschlag 2016 und das Legislaturprogramm an der Dezember-Session beraten.

Kontakt

Marcel Omlin
Präsident Planungs- und Finanzkommission
Telefon 078 827 68 30